

OMV— Report



Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Kreisverband Südwestsachsen

Jahrgang 2, Ausgabe 1, 27. Mai 2009

Ausstellung im Sächsischen Landtag eröffnet



Von Kai Hähner (Vorsitzender OMV
Südwestsachsen)

Liebe Mitglieder und Freunde der
OMV,

am 11. Mai wurde im Sächsischen Landtag die Ausstellung zu Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern in Sachsen „Unsere neue Heimat - Sachsen“ im Beisein der 2. Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, Frau Andrea Dombois und des Sächsischen Staatsministers des Inneren, Herrn Dr. Albrecht Buttolo feierlich eröffnet. Die Ausstellung wurde unter tatkräftiger Mitwirkung der Landsmannschaften in Sachsen konzipiert und erstellt. Sie kann noch bis 5. Juni im Bürgerfoyer des Landtages besichtigt werden. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Frei-

tag von 10.00 bis 18.00 Uhr und Sonnabend und Sonntag in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr. Anschließend ist beabsichtigt die Ausstellung in möglichst vielen Schulen zu zeigen und somit unseren Schülern einen tiefen Einblick in das Kapitel Flucht und Vertreibung zu gewähren.

Am 16. Mai hat die CDU Sachsen auf Ihren Parteitag ihr Regierungsprogramm „Vertrag für Sachsen“ für die bevorstehenden Landtagswahlen verabschiedet. Auf Anregung der OMV Sachsen fordert die Sächsische Union, dass das Thema Flucht und Vertreibung ein wichtiger Bestandteil des Geschichtsunterrichtes wird. Gleichzeitig möchte die CDU Sachsen die Errichtung einer Stelle eines Landesbeauftragten für Spätaussiedler und Heimatvertriebene prüfen.

60 Jahre Arbeit für Deutschland

Die Heimatvertriebenen waren nicht Sprengstoff sondern Hefe für Deutschland - Im Zusammenhang mit den Gedenkveranstaltungen zum 60-jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB: 60 erfolgreiche Jahre der Bundesrepublik Deutschland sind eng verknüpft mit dem Gewaltverzicht und dem Aufbauwillen der deutschen Heimatvertriebenen. Trotz der Entwurzelung, trotz der Traumata, trotz der Verzweigung und trotz der Ablehnung, die ihnen von Seiten der Nichtvertriebenen landauf landab entgegenschlug, haben sich die Vertriebenen nicht als Sprengstoff unserer Gesellschaft und unseres Staates verstanden oder missbrauchen lassen, sondern sie waren die Hefe des bundesrepublikanischen Wirtschaftswunders und unserer Gesellschaft. Sie gestalteten dieses Land von Anbeginn auch politisch mit. Männer wie Paul Löbe, Erich Mende oder Hans-Christoph Seeborn gehörten zusammen mit anderen Vertriebenen bereits dem ersten deutschen Bundestag an.

Im April 1949 – die allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen waren noch nicht zum Abschluss gekommen – gründete sich der *Zentralverband der vertriebenen Deutschen (ZvD)* als Gesamtverband der bereits bestehenden Landesorganisationen der Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen im damaligen

Bundesgebiet. Im August 1949 erfolgte der Zusammenschluss der auf Bundesebene organisierten heimatpolitischen Verbände zu den *Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften (VOL)*. Aus beiden ging schließlich 1957/58 der *Bund der Vertriebenen (BdV)* hervor.

Bis 1950 fanden über acht Millionen Vertriebene Aufnahme in West- und Süddeutschland, weitere vier Millionen in der Sowjetischen Besatzungszone, von denen viele in den 50er Jahren – bis zum Mauerbau 1961 – in den Westen weiterflüchteten. Hunderttausende – vor allem aus den böhmischen Ländern und Südosteuropa – fanden auch in Österreich Aufnahme.

Sie wurden nicht zum sozialen Sprengstoff der Nachkriegsgesellschaft, sondern haben von Anfang an – dem selbst gestellten Auftrag aus der *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* vom 5. August 1950 gemäß – „durch harte, unermüdliche Arbeit (teilgenommen) am Wiederaufbau Deutschlands und Europas“ mitgewirkt. Nur so konnte das Wiederaufbauwerk gelingen.

Etwa jeder vierte Bundesbürger ist heute Vertriebener oder Abkömmling von Vertriebenen. Bei den
(Fortsetzung auf Seite 2)

Nachgeborenen wächst das Interesse, mehr über die Wurzeln ihrer Familie zu erfahren. Zahlreiche Filme und Dokumentationen blicken auf das damalige Geschehen zurück.

Bemerkenswert war und ist der Zusammenhalt zwischen den Vertriebenen und ihren Verbänden. Sie haben über die Jahrzehnte – auch in Zeiten, in denen es manchen nicht „opportun“ dünkte und von manchen als „Lebenslüge“ der Bonner Republik diffamiert wurde – am Ziel der staatlichen Einheit Deutschlands festgehalten. Der Lauf der Geschichte hat ihnen schließlich Recht gegeben. Nach dem Fall der Mauer konnten sich die Vertriebenen in der ehemaligen DDR erstmals offen zu ihrem Schicksal bekennen. Über die Jahrzehnte haben die Vertriebenen auch regen Anteil genommen am Schicksal der Heimatgebiete und der dort lebenden – deutschen

und nichtdeutschen - Menschen, was auch längst hier wie dort anerkannt und gewürdigt wird.

Die Bewahrung des kulturellen Erbes der Heimatgebiete als Teil der deutschen und europäischen Kultur, die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und den dortigen Deutschen, bleiben originäre Anliegen, zu deren Wahrnehmung niemand besser berufen wäre als die Vertriebenen selber.

Es ist gut, dass Deutschland jetzt mit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einen Ort haben wird, an dem das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen, die Geschichte und Kultur ihrer Heimatgebiete und ihre Eingliederung nach Krieg, Flucht und Vertreibung dokumentiert wird.

Pressemitteilung BdV, 19.05.2009

Aussiedler - Ein Gewinn für unser Land

Zu der Studie „Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung erklärt BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB: Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sind in Bezug auf die Aussiedler eindeutig. Sie belegen: **Aussiedler sind ein Gewinn für unser Land.** Es ist gut, dass nun endlich belastbare Fakten vorliegen. Aussiedler sind nach den hochqualifizierten Wirtschaftsmigranten aus den weiteren Ländern der EU 25 (ohne die südeuropäischen Gastarbeiternationen) diejenige Gruppe, die die besten Integrationswerte zeigt. Deutlich ist danach, dass die Aussiedler schon mit einem vergleichsweise hohen Bildungsstand nach Deutschland gekommen sind und sich auch hier um weitere Bildung und Ausbildung bemühen und daher gut auf dem Arbeitsmarkt zurecht kommen. Ihr aktives Bemühen um die Integration in Deutschland wird dadurch belohnt, dass sich die Generation der in Deutschland Geborenen gegenüber der ihrer Eltern in jeder Hinsicht deutlich verbessert.

Für uns, unsere Verbände und deren unzählige ehrenamtliche Aussiedlerbetreuer ist dieses Ergebnis aber keine Überraschung. Aus der jahrzehntelangen Begleitung der verschiedenen Aussiedlergruppen wissen wir, dass allgemein Fleiß, beruflicher Ehrgeiz, starker familiärer Zusammenhalt und auch kirchliche Verwurzelung zu diesem Erfolg beitragen. Nicht

zuletzt haben auch die staatlichen Förderprogramme ihren Beitrag dazu geleistet. Gute Erfolge werden ebenfalls dadurch erzielt, wenn den Aussiedlern in der Anfangszeit Landsleute mit gleichen Erfahrungen mit Rat und Tat beistehen, so wie unser Verband das seit Jahrzehnten praktiziert.

Die in der Presse immer wieder herausgestellten negativen Beispiele jugendlicher Straftäter unter den Spätaussiedlern sollen nicht verharmlost werden. Auch diese negativen Beispiele gibt es, aber sie sind die Ausnahme und nicht die Regel.

Die Studie ist vor allem sehr hilfreich, weil sie nach Herkunftsgruppen differenziert und damit ermöglicht, das Instrumentarium für eine bessere Integration auf die spezifischen Gruppen zuzuschneiden und so zu besseren Ergebnissen zu gelangen. So ist es z.B. gerade im Hinblick auf die Deutschen aus Russland notwendig, eine bessere Anerkennung ihrer in ihren Herkunftsgebieten erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüsse zu erreichen. Hier sind gerade im Hinblick auf die medizinischen und pflegerischen Bereiche dringend Verbesserungen erforderlich.

Pressemitteilung BdV, Januar 2009

Impressum: Der OMV-Report wird als Mitgliederzeitung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung Südwestsachsen (OMV) herausgegeben. ViSdP ist der Vorstand, vertreten durch den Kreisvorsitzenden Kai Hähner. Angaben nach § 6 TDG/§ 10 MDStV: Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion widerspiegeln. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen bzw. redaktionell zu modifizieren.

Kontakt: Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung Südwestsachsen, c/o CDU Chemnitz, Markt 5, 09111 Chemnitz
Telefon: 0371-6661955, Fax: 0371-6664945, e-mail: info@omv-suedwestsachsen.de

Vorstand: Kai Hähner (Vorsitzender), Jörg Unger (stellvertretender Vorsitzender), Dr. Helmut Rotsch (Schatzmeister), Adolf Braun (Beisitzer), Falk Haude (Beisitzer), Rudolf Meinel (Beisitzer), Christian Zapp (Beisitzer), Alexander Schulz (beratendes Vorstandsmitglied)

Deutsche Minderheit in Polen kein Thema für Gesine Schwan

Sauer kritisiert Präsidentschaftskandidatin: „Stets Amtspflichten verletzt!“ - Anlässlich Jutta Limbachs „Plädoyer für die Wahl Gesine Schwans zur Bundespräsidentin“ in der „Frankfurter Rundschau“ vom 12.05.2009 erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter): Jutta Limbach (SPD) ist in der „Frankfurter Rundschau“ voll des Lobes für die Bundespräsidentschaftskandidatin Gesine Schwan (ebenfalls SPD): „Nicht zuletzt ihr Engagement in der deutsch-polnischen Nachbarschaft zeichnen sie aus“, und „auf Menschen pflegt sie zuzugehen, weil sie weiß, dass Versöhnung nicht allein auf der Ebene von Regierungen gelingen kann“, schreibt die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts. Dieser parteipolitisch motivierten Lobeshymne muss vehement widersprochen werden!

In ihrer Arbeit als „Kordinatorin für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit“ des SPD-geführten Auswärtigen Amtes hat Schwan es seit Jahren versäumt, auch die Interessen der deutschen Minderheit in Polen zu berücksichtigen. Dabei geht es hier um mindestens 300.000 Menschen, die laut Artikel 116 des Grundgesetzes auch heute noch Deutsche sind. Gerade diese, der Nachkriegsgeschichte geschuldete Situation sollte die deutsche Minderheit zu einem besonderen Faktor innerhalb der deutsch-polnischen Beziehungen machen. Im Gegenteil: Schwan sprach sich in Polen gegen deutschsprachige Kindergärten und Schulen aus. Das ist die Wahrheit!

Jederzeit hätte die selbsternannte „bekenkende

Christin“, die als Sozialdemokratin es wohl als besonders wichtig erachtet, in Polen ihre katholische Glaubenszugehörigkeit hervorzuheben, auf diese Menschen zugehen können. Niemals hat sie aber auch nur den Versuch unternommen, sich mit Vertretern der auf Bezirksebene aktiven Organisationen des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), dem dortigen Dachverband der Deutschen Minderheit, zu treffen. Gesprächspartner aus den Bezirken Schlesien, Breslau, Oppeln, Grünberg, Allenstein, Danzig, Stettin, Lodz und Thorn, sämtlich in verantwortlichen Positionen, bestätigten dies.

Dieses offensichtliche Desinteresse an einem Teil des deutschen Volks, diese Vernachlässigung geradezu, wiegt umso schwerer, wenn man sich Schwans fortwährenden Einsatz für die polnischen Interessen in Deutschland vor Augen führt: Die Erinnerung an ihre Parteinahme gegen die Nominierung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach MdB, in den Stiftungsrat der staatlichen „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist noch frisch. Jutta Limbach weist mit Recht darauf hin, dass das deutsche Grundgesetz im diesen Jahr seinen 60. Jubiläum feiert: Die OMV rät Gesine Schwan, einige Artikel daraus einer erneuten Lektüre zu unterziehen und grundsätzlich noch einmal über ihre Aufgaben als Koordinatorin der deutsch-polnischen Beziehungen sowie über ihre Präsidentschaftskandidatur nachzudenken. Doch dies verbietet wohl ihre übertriebene Eitelkeit, die zur Amtspflichtverletzung führt.

Pressemitteilung OMV, 18.05.2009

Europawahl - CDU unterstützt Vertriebene

Europawahlprogramm „Starkes Europa – Sichere Zukunft“ verabschiedet - Zum Beschluss des Europawahlprogramms 2009 der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), Helmut Sauer (Salzgitter):

Am 16. März hat der Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) das Programm zur Europawahl 2009 beschlossen. Es trägt den Titel „Starkes Europa – Sichere Zukunft“ und beinhaltet nach wie vor klare Aussagen zu den Anliegen der Heimatvertriebenen und der deutschen Volksgruppen in Ost- Mittel- und Südosteuropa. Sauer, als OMV-Bundesvorsitzender Mitglied des CDU-Bundesvorstands, hat im Bundesausschuss Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik entscheidend an diesen Aussagen mitgearbeitet.

Im Unterkapitel „Die politische Union gestalten“ betont die CDU erneut, dass Vertriebene und deutsche Volksgruppen mit ihrem besonderen geschichtlichen Hintergrund geradezu vorbestimmt

sind, wichtige Brückenfunktionen in der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten einzunehmen. Ihre Arbeit an der Beseitigung zwischenmenschlicher Barrieren wird dadurch, gemeinsam mit den in Europa geltenden Rechten auf Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit, zu einem wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung des Heimatrechts. **„Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungen jeder Art müssen international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden“**, steht erneut im Wahlprogramm.

In den Wahlprogrammen anderer Parteien sucht man Formulierungen bezüglich der Heimatvertriebenen und der deutschen Volksgruppen im Ausland vergeblich. Es erstaunt, dass gerade Parteien, die Begriffe wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit zu ihren angeblichen Idealen erhoben haben, davon in Bezug auf die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen nichts wissen wollen. Politiker wie Gesine Schwan (SPD), die vorgibt, den Interessen des gesamten Volkes zu dienen und sich zu Höherem berufen fühlt, *(Fortsetzung auf Seite 4)*

haben vor dem Hintergrund der Debatte um die Nominierung der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach MdB, durch ihre Organisation in den Stiftungsrat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einen Großteil des deutschen Volkes vehement vor den Kopf gestoßen. Statt Wegbereiter einer tragfähigen Verständigung zu sein, wurde von Schwan lediglich haltlose sowie zutiefst unsachliche Kritik geäußert. Es ist bedauerlich, dass die Regierungskoordinatorin für die deutsch-polnischen Beziehungen des Bundesaußenministers im eigenen Lande Zwietracht

sät. Nicht die polnischen Hetztiraden beleidigen uns, sondern die geradezu vertriebenenfeindlichen Aktionen der SPD enttäuschen!

Die CDU bleibt eine verlässliche politische Kraft an der Seite der Vertriebenen und der deutschen Volksgruppen im Ausland, trotz dieser Koalitionsregierung mit der SPD.

Pressemitteilung OMV, März 2009

Wanderausstellung

Erzwungene Wege - Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

Termine und Stationen im Jahr 2009

Erfurt

vom 29. April bis zum 7. Juni 2009
im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
(gegenüber Beethovenpark),
99096 Erfurt

Recklinghausen

vom 17. August bis zum 18. Oktober 2009
im Vestischen Museum zu Recklinghausen
Hohenzollnerstraße 12,
45659 Recklinghausen

Hannover

vom 3. November bis zum 29. November 2009
im Rathaus Hannover
Trammplatz 2,
30159 Hannover

Die Ausstellung zeigt Schicksale von Flucht und Vertreibung und durchmisst zeitlich und räumlich das Europa des 20. Jahrhunderts. Eine chronologische Linie bietet einen Überblick über die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Flucht, Vertreibung und Genozid im 20. Jahrhundert. Diese Ereignisse werden jeweils in ihrem historischen Kontext behandelt. Neben den menschlichen Tragödien werden auch die kulturellen Verluste dargestellt. Zeitzeugenberichte reflektieren europäische Einzelschicksale.

Als Hauptursache für Vertreibungen ethnischer Gruppen und Minderheiten gilt vor allem die Idee des ethnisch homogenen Nationalstaates. Menschen wurden auf den Weg gezwungen oder vernichtet, weil sich Staaten davon eine Frieden fördernde Wirkung versprochen oder weil diese Gruppen gewaltsamen Hegemonialansprüchen im Weg standen. Rassismus und Antisemitismus waren unabhängig vom Nationalismus eigene Motive für Vertreibung und Vernichtung.

Die unterschiedlichen Beweggründe und Rahmen-

bedingungen für Vertreibungen werden am Beispiel folgender Schicksale sichtbar gemacht:

1915/1916 - Der Völkermord an den Armeniern

1922/1923 - Vertreibung, Massaker und nachträgliche völkerrechtliche Legitimierung von "Bevölkerungsaustausch": Der Lausanner Vertrag und die Folgen für Griechen und Türken

ab 1933 - Die Vertreibung der Juden Europas als "Baustein des Holocaust"

1939/1940 bis 1944/1947 - Die Umsiedlung der West-Karelier

1939 bis 1949 - Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und Deportationen der Polen, der Balten und der Ukrainer

1945/1946 - Die Vertreibung der Ungarn aus der Tschechoslowakei

1944 bis 1946/1948 - Die Vertreibung und Verschleppung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkriegs

1944 ff. - Die Vertreibung der Italiener aus Jugoslawien

1963/1964 und 1974 - Vertreibungen als Folge des Zypern-Konfliktes

1990er Jahre - Kriege und Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien: Das Beispiel Bosnien und Herzegowina

Ausstellungskonzeption und Realisierung: Katharina Klotz, Doris Müller-Toovey (Klotz/Müller-Toovey GbR, Berlin) und Wilfried Rogasch.

Veranstalter: Bund der Vertriebenen in Zusammenarbeit mit der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN.